

Federführung:
60-Stadtplanung, GIS, Bauordnung
Produkt:
50.23 Sicherheit und Ordnung des Verkehrs
60.03 Verkehrsplanung

Datum:
11.03.2020

Beratungsfolge:	Sitzungsdatum:	
Ausschuss für Umwelt, Planen und Bauen	25.03.2020	Entscheidung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Entschärfen der angespannten Verkehrssituation im Bereich Nord-West (Basteiring und Umfeld)

Beschlussvorschlag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Verwaltung möge prüfen welche kurzfristigen Maßnahmen dazu beitragen könnten die angespannte Verkehrssituation für die Anwohner im Bereich Nord-West (Basteiring und Umfeld) zu entschärfen.

Beschlussvorschlag Verwaltung:

Die Verwaltung möge prüfen welche kurzfristigen Maßnahmen dazu beitragen könnten die angespannte Verkehrssituation für die Anwohner im Bereich Nord-West (Basteiring und Umfeld) **in Bezug auf die Verkehrssicherheit und insbesondere auf die gefährlichen Geschwindigkeiten** zu entschärfen.

Sachverhalt:

Der Antrag wird gemäß § 3 Abs. 1 Satz 2 der Geschäftsordnung des Rates der Stadt Coesfeld vorgelegt und ist als Anlage beigefügt. Er wird wie folgt begründet:

Das Thema Verkehrsberuhigung im Nordwesten des Stadtgebietes ist zurzeit wieder Thema bei den Anwohnern, in den Medien und der Politik. Unser Antrag zur Erstellung eines Radwegekonzeptes fand im letzten Jahr keine Mehrheiten, dafür hat der Rat die Erstellung eines Mobilitätskonzeptes für das Stadtgebiet beschlossen. Dies soll in diesem Jahr angegangen werden, wird also noch einige Zeit in Anspruch nehmen.

Nach Rücksprache mit einigen Anwohnern ist die Belastungssituation aber, bedingt durch den immer weiterwachsenden Verkehr, inzwischen fast unerträglich geworden.

Das Thema wird Bestandteil der Diskussionen im Zuge der Erstellung des Mobilitätskonzeptes sein, aber wie schon erwähnt wird da noch einige Zeit bis zur Umsetzung ins Land gehen.

Daher sieht die Grüne Fraktion es als dringlich geboten an, hier mit verkehrlichen Maßnahmen eine Abmilderung der aktuellen Belastungssituation zu schaffen.

Empfehlung der Verwaltung:

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollte in modifizierter Form beschlossen werden. Der Auftrag an die Verwaltung sollte sich auf Maßnahmen beschränken, die die

Verkehrssicherheit und die Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit von 30 km/h im Fokus haben.

Die Verkehrssituation in der nordwestlichen Innenstadt insgesamt und etwaige verkehrlenkende Maßnahmen zur Reduzierung der Verkehrsbelastung sollten zunächst im Rahmen des Masterplans Mobilität unter Beteiligung der Öffentlichkeit diskutiert werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Maßnahmen zur Verkehrsführung in der westlichen Innenstadt sind wichtige Bestandteile des bestehenden Verkehrsentwicklungsplanes. Wesentliche Kernpunkte bilden die Sperrung der nordwestlichen Innenstadt für den Durchgangsverkehr sowie der Ausbau der Ladestraße zwischen der Dülmener Straße und der Sökelandstraße. Der Ausbau der Ladestraße (heutige Hansestraße) als wichtige Entlastungsachse konnte realisiert werden. Der Ratsbeschluss zur Umsetzung der Maßnahmen in der nordwestlichen Innenstadt wurde hingegen durch einen Bürgerentscheid gestoppt (Feststellung des Ergebnisses des Bürgerentscheids vom 10.09.2006 in der Ratssitzung am 28.09.2006, Beschlussvorlage 178/2006).

Im Jahr 2010 wurde das Thema erneut aufgegriffen. In einem umfangreichen Moderationsverfahren wurden gemeinsam mit Vertretern der unmittelbar betroffenen Bürger aus den Bereichen nordwestliche Innenstadt und Hengte und Vertretern der im Rat vertretenen Fraktionen alternative Lösungen für die zukünftige Verkehrsführung in der nord-westlichen Innenstadt entwickelt. Am 22.12.2010 beschloss der Rat die Umsetzung der so entwickelten Maßnahmen (Vorlage 286/20010). Hierzu die gehörten folgenden Elemente:

- Einbahnstraße im Basteiring zwischen Kapuzinerstraße und Neutorstraße in nord-östlicher Richtung
- Einbahnstraße in der Hohen Lucht in nord-östlicher Richtung
- Einbahnstraße in der Pumpengasse in westlicher Richtung
- Einbahnstraße in der Seminarstraße in südlicher Richtung
- Einbahnstraße im Marienring zwischen Neutorstraße und westlicher Zufahrt zum Parkplatz „Marienring“ in westlicher Richtung

Der Erfolg der Maßnahme sollte im Rahmen einer Verkehrsuntersuchung (Vorher-Nachher-Verkehrserhebung) untersucht werden. Nachdem die so beschlossenen Maßnahmen umgesetzt wurden, beschloss der Rat in seiner Sitzung am 22.12.2011, die Versuchsphase zur Änderung der Verkehrsführung in der nordwestlichen Innenstadt aufgrund großer Gegenwehr aus der Bevölkerung abzubrechen und der Verwaltung den Auftrag zur unverzüglichen Wiederherstellung des alten Zustandes zu erteilen (Vorlage 245/2011). Nach diesem Beschluss wurde die ursprüngliche Verkehrsführung wiederhergestellt.

Mit der Beendigung dieses Verkehrsversuchs mit der Beschränkung von Fahrbeziehungen durch die nordwestliche Innenstadt hat der Rat de facto die Zugehörigkeit der Straßen Marienring, Basteiring, Kapuzinerstraße und Hohe Lucht zum Vorbehaltsnetz anerkannt und die damit verbundenen negativen Auswirkungen auf die Lebensqualität der Bewohner akzeptiert. In dieser Argumentationskette hat der Rat im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2018 auf Antrag der Fraktion freie Wählergemeinschaft Pro Coesfeld die für den zweispurigen Ausbau der Zufahrt des Basteirings in den Gerichtsring erforderlichen Mittel in den Haushalt eingestellt. Bis zum Beschluss über die Beendigung des Verkehrsversuchs hatte sich die Verwaltung immer gegen eine Verbreiterung dieser Zufahrt ausgesprochen, um die Nutzung des Basteirings nicht noch attraktiver zu machen und weitere Verkehre anzuziehen. Der zweispurige Ausbau der Zufahrt wurde zwischenzeitlich realisiert.

Die Verkehrsbelastung in der nordwestlichen Innenstadt und die damit einhergehenden Folgen für die Lebensqualität der Bewohner ist für die Verwaltung nach wie vor eines der wichtigen Themen der Verkehrs- und Stadtentwicklung. Dieses Thema muss daher einen maßgeblichen Anteil an den Diskussionen zum aktuell aufzustellenden Masterplan Mobilität einnehmen. Dies hat die Verwaltung auch noch einmal ganz klar in der Vorlage 260/2019 (Ratssitzung am 27.02.2020) aufgezeigt, in der es um die Bausteine für eine Fußverkehrsstrategie geht und in

der einige Bausteine mit dem Hinweis zurückgestellt wurden, dass zunächst die Verkehrsführung in der nordwestlichen Innenstadt im Rahmen des Masterplanes Mobilität erneut diskutiert werden muss. Hierbei ist eine erneute umfangreiche Beteiligung der Öffentlichkeit unerlässlich. Eine kurzfristige Bearbeitung außerhalb des Masterplanes ist daher weder inhaltlich sinnvoll noch zeitlich möglich, da diese nicht Bestandteil der erst im Dezember 2019 beschlossenen Prioritätenliste für den Fachbereich 60, Produkt „Verkehrsplanung“ ist.

Die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorgeschlagene Prüfung von kurzfristigen Maßnahmen zur Entspannung der Verkehrssituation in der nordwestlichen Innenstadt muss sich daher auf Maßnahmen beschränken, die die Verkehrssicherheit und die Einhaltung der zulässigen Geschwindigkeit von 30 km/h im Fokus haben. Insbesondere vor dem Hintergrund der Verkehrsbelastung, der unmittelbar angrenzenden, sensiblen Nutzungen (Wohnen, Schule) und der für die Aufnahme des Verkehrs nicht geeigneten Straßenräume ist die Einhaltung der Geschwindigkeit wichtig. Aktuell wird bereits die Umsetzung erster Bausteine für den Basteiring durch die Straßenverkehrsbehörde vorbereitet. Hierzu gehört ein zusätzlicher Versatz vor dem Haus Nr. 22 und das Aufstellen jeweils einer rotweißen Leitbake vor jeder Parkbucht, die über den gesamten Basteiring links und rechts angeordnet sind. Aufgrund der zukünftigen Bewirtschaftung der Parkplätze (Parken mit Parkscheibe, Höchstdauer 3 Stunden) ist damit zu rechnen, dass die Parkplätze nicht immer belegt sind. Mit den Leitbaken soll das Überfahren von nicht belegten Parkplätzen verhindert werden.

Anlagen:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.02.2020